

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Goldmark.
 21 zeigen: Die dreizehnpennige mm-Zeit 0.15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle Köln, Jülicher Straße 27

Korrespondenz Amt Anno 2202
 Redaktionsschluss: Montage vor Erscheinen

Unternehmertum und Arbeiterschaft.

„Wenn ich das Soziale aus meinem Wirken ausscheide, was bleibt dann noch übrig?“

Fabrikant Franz Brands.

Bei dem gegenwärtigen Kampfe um die Regelung der Löhne, der Arbeitszeit usw., wird uns immer wieder der Einwurf entgegen geschleudert: „Die deutsche Wirtschaft kann nicht die geringste Lohnerhöhung, oder eine andere soziale Weiterbelastung ertragen.“ Die Wirtschaft nennt man, aber den eigenen Gewinn, den Ueberschuß meint man. In erster Linie sind es die Syndikalis der Arbeitgeberverbände, die weit davon entfernt, die Aufgaben des Unternehmertums in der Wirtschaft in seinem ganzen Umfange zu erkennen, die seine Vorführer sind. Demgegenüber müssen auch jene Stimmen aus dem Unternehmerlager bekannt werden, die nicht in das große Horn stoßen, sondern es wagen, in sozialen Fragen eine eigene, abweichende Meinung zu haben. Sie zeigen, daß auch heute noch im Unternehmerlager sich Menschen befinden, die über den Gewinn, den Erwerb hinaus, sich der Verantwortung des Unternehmertums gegenüber der Kultur und des wahren Fortschritts bewußt sind. Im allgemeinen werden diese Stimmen von der großen Tagespresse toteschwiegen, wobei nicht selten die Rücksicht auf das Inseratengeschäft sie davon abhält, eine von den sozialreaktionären Ansichten abweichende Meinung zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.

Auf der Tagung des Görresringes am 19. Oktober 1927 in Werden an der Ruhr, hielt der Fabrikant Dr. Peter Wilh. Haurand, Verlohn, einen Vortrag, in dem er sich mit dem sozialen Problem, insbesondere mit der jetzt so aktuellen Lohnfrage, vom Standpunkte des Unternehmers aus, auseinandersetzen versuchte. Seine von ehrlichem Mangel mit den sozialen Fragen getragenen Ausführungen sind wert, in weitesten Kreisen, auch in der Arbeiterschaft, bekannt zu werden. Wir geben nachstehend die zum Ausdruck gebrachten, den Wesenskern erfassenden Gedanken wieder.

I.

Der Unternehmer ist der eine der beiden aktiven Faktoren des Wirtschaftslebens, welche zusammen das Produkt der wirtschaftlichen Arbeit hervorbringen. Er ist der Besitzer der Produktionsmittel; er ist der Leiter des Produktions- und Wirtschaftsprozesses; er allein trägt das ganze Wagnis des erstrebten wirtschaftlichen Zieles; das mit dem andern aktiven Faktor, dem Arbeiter, gemeinsam verarbeitete Produkt geht ganz in seinen Besitz über. Der Unternehmer hat so im Wirtschaftsleben die Subjektstellung inne. Der Unternehmer ist nicht mit dem Profitmacher identisch, der sich auch Unternehmer nennt.

Der Arbeiter ist der andere der beiden aktiven Faktoren, die gemeinsam das Produkt der wirtschaftlichen Arbeit hervorbringen. Er unterscheidet sich von dem einen Faktor, dem Unternehmer, dadurch, daß er keine Produktionsmittel außer seiner persönlichen Arbeitskraft besitzt. Diese persönliche Arbeitskraft wirft er täglich in den Pro-

duktionsprozeß hinein; sie wird vom Unternehmer gekauft und mit dem Gegenwert in Geld bezahlt, welcher zu ihrer täglichen Reproduktion (Wiederherstellung) notwendig ist. Die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß ist vornehmlich eine Objektstellung.

II.

Immer, sobald in einem Volke die Begriffe „Mein und Dein“ rechtliche Geltung bekommen haben, d. h., sobald ein Volk die Institution des rechtlich anerkannten und rechtlich geschützten Privateigentums befaßt, begann auch sich der Differenzierungsprozeß, der die Menschen in Besitzende und Besitzlose scheidet.

Mit jeder neuen Kapitalfunktion steigert sich, weil eine ungleiche Teilung des erarbeiteten Wertes stattfindet, die Wirkung des Differenzierungsprozesses; zwar weniger dadurch, daß der Arbeiter noch ärmer wird, sondern dadurch, daß die Distanz zwischen seinem gleichbleibenden Besitz, besser gesagt, seiner gleichbleibenden Besitzlosigkeit, und dem wachsenden Besitz des Unternehmers immer größer wird. Mit dieser wirtschaftlichen Distanz wächst auch die soziale Kluft, die Besitzer und Besitzlose voneinander trennt, denn je größer die wirtschaftliche Macht des kapitalistischen Unternehmers, um so geringer ist für den Besitzlosen die Aussicht, diese wachsende Macht zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Der Besitzlose ist aber mit denselben menschlichen Bedürfnissen wie der Besitzende auf die Welt gekommen, und aus dieser Gleichheit der Bedürfnisse leitet er sein natürliches Recht auf gerechten Anteil an den Gütern dieser Erde ab, über die ihn der Schöpfer genau so als Herrn gesetzt hat, wie jeden anderen Menschen.

III.

Man sollte meinen, die soziale Frage wäre, soweit der Unternehmer an ihr beteiligt ist, gelöst, wenn er das gemeinsam mit dem Arbeiter erarbeitete Produkt nach dem strengen Verhältnis des Arbeitsanteils verteilte. Aber diese ideale Lösung ist unendlich schwer, wenn nicht in unserem Wirtschaftssystem unmöglich.

Denn auch für den Unternehmer bedeutet der Kapitalismus Segen und Fluch zugleich. Jeden Tag läuft er Gefahr, die Beute eines Stärkern zu werden; auch er kann leicht Opfer der letzten Konsequenz des Systems werden, die dann eintritt, wenn der letzte noch vorhandene Konkurrent von dem letzten Stärkern niederkonkurriert worden ist.

Aber alles das zugegeben, es ist doch nicht so, daß der gegenwärtige furchtbare Zustand zwischen Unternehmer und Arbeiter so lange unverändert bestehen bleiben müßte, bis einmal in grauer Zukunft ein besseres Wirtschaftssystem erfunden sein würde. Kann man auch das gegenwärtige System vorläufig noch nicht ersetzen, so ist der einsichtige, ehrliche Unternehmer dennoch sehr wohl in der Lage, die verderblichsten Wirkungen des Differenzierungs-

prozesses zu beseitigen. Und er muß das tun, ja, er ist geradezu gezwungen, es zu tun, nicht nur aus ethischen Gründen, sondern auch aus den Forderungen wirtschaftlicher Klugheit.

Ich verstehe es nicht, daß so viele deutsche Unternehmer auch nicht das elementarste Verständnis dafür aufbringen, daß es eine Forderung der direkten wirtschaftlichen Klugheit für sie ist, daß es sich geradezu bezahlt macht, die Lösung der sozialen Frage selbst in die Hand zu nehmen. Soweit die schädlichen Wirkungen des kapitalistischen Systems den Unternehmer angehen, sucht er ihnen durch Kartelle, Syndikate und ähnliche Unternehmerorganisationen vorzubeugen. Soweit aber diese Wirkungen den Arbeiter betreffen, überläßt der Unternehmer die Lösung der sozialen Frage dem Staat und seinen Körperschaften.

Die wechselseitige Abhängigkeit beider Faktoren im Produktionsprozeß, ihre gemeinsame Abhängigkeit von der Kapitalfunktion, bestreiten es jeden Augenblick, daß Unternehmer und Arbeiter auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind, und daß alles, was sich störend und schädigend zwischen die notwendige Gemeinschaft schiebt, beseitigt werden mußte.

IV.

Der Hebel ist zuerst da anzusetzen, wo die dynamischen und statischen Kräfte des Kapitalismus, also das Kapital und das Eigentumsrecht, zugunsten des Unternehmers und zuungunsten des Arbeiters wirken.

Die im kapitalistischen Wirtschaftssystem unvermeidliche ungleiche Teilung des gemeinsam erarbeiteten Wertes postuliert noch lange nicht, daß der Arbeiter nur mit dem nackten Existenzminimum beteiligt werden mußte.

Nach meiner Auffassung wird dem Arbeiter in seiner wirtschaftlichen Not nur dann wirksam und dauernd geholfen, wenn man den Entgelt für die Arbeitskraft, also den Lohn, so erhöht, daß er das Existenzminimum wesentlich überschreitet.

Das Maß für dieses Plus wird in den verschiedenen Unternehmen nicht einheitlich sein können. Ich könnte mir denken, daß, um eine ziffernmäßige Norm aufzustellen, die Minimal-Tariflöhne als Existenzminimum angenommen, mit einer durchschnittlichen Erhöhung dieser Tariflöhne um 10 Prozent begonnen werden mußte. Die Betonung liegt dabei auf dem Wörtchen *begonnen*.

Es kommt auf das genaue, einheitliche Maß vorerst nicht so sehr an.

Es ist schon viel gewonnen, wenn jeder Unternehmer von der Einsicht durchdrungen ist, daß er über das Existenzminimum des Arbeiters mit seinen Löhnen wesentlich hinausgehen muß.

Es ist alles gewonnen, wenn der Unternehmer einseht, daß sich der höhere Lohn bezahlt macht.

Wie es sich bezahlt macht, wenn man den Arbeiter durch hohe Löhne an dem erarbeiteten Produkt teilnehmen läßt, das hat neben Ford die ganze nordamerikanische Industrie bewiesen, das beweist die blühende nordamerikanische Volkswirtschaft jeden Tag.

V.

Hohe Löhne machen sich allerdings erst dann bezahlt, wenn mit ihnen eine entsprechende Arbeitsleistung Hand in Hand geht. Auch Ford hat die hohen und immer wachsenden Löhne nur deshalb ohne Schaden, ja sogar mit glänzendem Erfolge zahlen können, weil seine Arbeiter in der gleichen Arbeitszeit wie früher entsprechend hohe und höhere Leistungen erzielten. Aber er selbst hat seinen Arbeitern auch den Weg zu den höheren Leistungen gezeigt. Er wußte etwas, und er konnte etwas.

Der Arbeiter, der nicht tagtäglich unter der drückendsten Nahrungssorgen steht, der im Gegenteil sich von seinem Lohn eine Rücklage bilden und daher die Hoffnung nähren kann, auch einmal auf eigenen Füßen zu stehen, auch einmal an der Subjektivierung des Menschen in der Schöpfung teilzunehmen, — der so für die tägliche Arbeit disponierte Arbeiter stärkt nicht allein durch seinen hohen Lohn die Kapitalfunktion nicht, im Gegenteil, durch die höheren Leistungen, die der Unternehmer von ihm verlangt, und die er nicht verlagert, wird das Ergebnis der Kapitalfunktion gerade erst dann für den wirtschaftlichen Optimum am meisten nähern.

Der Unternehmer, der das alles nicht einseht, der zu unfähig, zu denkfaul, zu bequem, zu träge ist, um auf diese Weise die soziale Frage aktiv mit lösen zu helfen, der darf sich nicht beklagen, wenn er als Schädling in der Volkswirtschaft angesehen und als solcher aus ihr entfernt wird.

Ist einmal die allgemeine Scheu des deutschen, und ich darf wohl hinzufügen, des europäischen Unternehmers vor hohen Löhnen überwunden, sieht er endlich ein, daß sich die hohen Löhne nicht nur in Nordamerika, sondern auch in seinem eigenen Unternehmen bezahlt machen, vorausgesetzt, daß er selbst der Herr ist, der seine Wirtschaft ertragsreich zu gestalten vermag, dann ist seitens des Unternehmers ein großer, sehr großer Schritt zur praktischen Mitarbeit an der Lösung der sozialen Frage geschehen.

VI.

Und dann wird es für ihn weniger schwer sein, noch ein *Zweites* zu tun; nicht auf halbem Wege stehenzubleiben, sondern gleich ganze Arbeit in der Beseitigung der wirtschaftlichen Not des Arbeiters zu machen, nämlich dafür zu sorgen, daß auch der Arbeiter Besitzer werde und sich nicht mehr als Proletarier, d. h. als vollkommen Besitzloser, zu betrachten habe.

Der Hebel muß auch an die statische Kraft des kapitalistischen Systems, an die Eigentumsordnung und das Eigentumsrecht, gesetzt werden.

Der Arbeiter muß eine eigene, wenn auch noch so kleine, noch so bescheidene Scholle unter die Füße bekommen. Nicht mit einer Kleinaktie, sondern mit einem Stück Grund und Boden und einem eigenen Heim muß dem Arbeiter geholfen werden.

Auch das macht sich bezahlt.

Es läßt sich gar nicht ermessen, was es für den Arbeiter bedeutet, wenn er, der nur seine Arbeitskraft und sonst nichts sein eigen nennt, von der großen, weiten Erde, die doch allen Menschen gehören soll, auch ein kleines Stück mit bekommt, so daß auch er nicht nur mehr Diener anderer in der Schöpfung ist, sondern auch sich noch natürlichem Recht als Herr in der Schöpfung, wenn auch auf noch so bescheidenem Territorium, betrachten darf.

Durch eine solche Fürsorge wird der stärkste Pfeiler des Klassenkampfes gestürzt. An die Stelle des Enterteten, Entrechteten tritt der im Boden des Vaterlandes Wurzel fassende Bürger; an die Stelle des heimlosen Proletariats der lebhafte Arbeiter, der ein eigenes Heim zu erarbeiten, zu erhalten und im Nothfalle zu verteidigen hat. In diesem Heim wird der kommunistische Kattator keinen Platz mehr finden, denn die wirtschaftliche Ungleichheit, die für alle kommunistische Zerlegungsarbeit erste Voraussetzung ist, ist dann beseitigt, und der erste Schritt zu einer gerechten, vernünftigen, naturgemäßen Verteilung der irdischen Güter ist getan. Der Arbeiter wird wieder lebens- und hoffnungsfroh; er fühlt sich wieder Mitglied seiner Volksgemeinde, der er bis dahin fremd, ja feindselig gegenüberstand.

VII.

Bis jetzt habe ich nur von der wirtschaftlichen Klugheit gesprochen, die den Unternehmer veranlassen mußte, in der geschichtlichen Weise an der Lösung der sozialen Frage aktiv mitzumachen. Das echte Kind des Kapitalismus wird nur von der Erwerbsidee, nicht aber von ethischen „Sentimentalitäten“ bewegt. Von ethischen Motiven lassen sich auch die nordamerikanischen Unternehmer nicht leiten.

Der Unternehmer dagegen, dem nicht nur die schäbige Geschäftsmoral höchste Richtschnur seines Handelns ist, und vollends der echt christliche Unternehmer, wird dagegen den ethischen Motiven immer den ersten Rang unter den Antriebskräften seines Tun und Lassens einräumen, und zwar auch im Produktionsprozeß, auch bei seiner Mitwirkung an der Lösung der sozialen Frage. Für diesen Unternehmer ist der Arbeiter nicht nur der eine der beiden Faktoren im Produktionsprozeß, nicht nur eine rein geschäftliche Größe, sondern für ihn ist der Arbeiter auch der Nächste, der bei aller Besitzlosigkeit einen Anteil an der großen, gewichtigen, sozialen Hypothek besitzt, die auf allem Besitze lastet.

Eine Eigentumsordnung, die es rechtlich möglich macht, daß die Güter dieser Erde sich in den Händen weniger anhäufen, und daß dem gewaltigen Reichtum in den Händen weniger die bitterste Armut großer Massen gegenübersteht, kann niemals eine gottgewollte Eigentumsordnung sein.

Soll das Gerechtigkeitsprinzip, das für das individuelle Wirtschaftssystem, wenigstens in der Theorie, das höchste ist, auch für den wirtschaftlich Schwächeren Geltung haben, dann müssen die Hauptkräfte dieses Systems, das Kapital und das Eigentumsrecht, auch für den Arbeiter, den Proletarier, in wohlthätige Kräfte verwandelt werden.

Ist einmal dieser notwendige, praktisch wichtigere Weg zurückgelegt, dann ist auch das Eis gebrochen für den anderen, schwierigeren Weg, der die Befreiung der menschlichen Not des Proletariats zum Ziele hat.

Christliche Gewerkschaften und Politik.

Gegenwärtig vollzieht sich zwischen den parlamentarisch tätigen Führern der christlichen Gewerkschaften, wie Stegerwald, Imbusch und Abgeordneten aus anderen Ständen eine deutliche Auseinandersetzung um den Einfluß und die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter im neuen Staate sowohl wie in den politischen Parteien. Die Auseinandersetzungen werden hauptsächlich in großen politischen Versammlungen geführt. Sie sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Unsere Mitglieder sind durch die Tagespresse wie auch durch die Zentralorgane unserer Bewegung, das „Zentralblatt“ und den „Deutschen“ unterrichtet. Da in diese Fragen parteipolitische Gesichtspunkte sehr stark hineinspielen, müssen wir es uns, bei der strengen parteipolitisch neutralen Haltung der Christlichen Gewerkschaften, verjagen auf alle Einzelheiten in unserer Verbandspresse einzugehen, was jedoch nicht ausschließlich, daß auch an dieser Stelle zur gegebenen Zeit das gesagt wird, was vom Standpunkte des Gewerkschaftlers aus dazu zu sagen ist.

Wie nicht anders zu erwarten, versuchen Sozialdemokratische Partei und freie Gewerkschaften in ihren Sitzungen, Versammlungen und in ihrer Presse aus den Auseinandersetzungen Kapital für sich zu schlagen. Soll doch, einem Beschlusse des Kieler Parteitagess folgend, in verstärktem Maße versucht werden, die christlichen Arbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

An der Durchführung dieses Beschlusses beteiligen sich auch die freien Gewerkschaften. So bringt die letzte Nummer „der Gewerkschaft“ (10/1928), das Organ des freien Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, einen Artikel mit der Ueberschrift „Christliche Gewerkschaften und Politik“, der sich mit den bekannten Auseinandersetzungen zwischen Stegerwald, Imbusch usw. beschäftigt. Da diese Vorgänge, bei der bekannten parteipolitischen Einstellung der freien Gewerkschaften, durch die rote Parteilinse gesehen, in ihrem Wesenskern nicht erkannt werden, insofern dessen vieles falsch gesehen wird, ist durchaus verständlich. In diesem Falle trifft schon auf die Genossen zu, was sie stets behaupten: „Der Mensch ist das Produkt seiner Verhältnisse.“

Unverständlich aber ist, wenn die „Gewerkschaft“, die doch sonst in Gewerkschaftsfragen wenigstens bestrebt ist, bei der Wahrheit zu bleiben, folgenden Satz niederschreibt:

„Es wird zugestanden werden können, daß in der Tarifpolitik sowohl in unserm Verbands, wie in anderen Verbänden die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen bei der Stange gehalten werden konnten von den freien Gewerkschaften.“

Da ausdrücklich auch bezug auf die Tarifpolitik für die Gemeindegewerkschaften genommen wird, müssen wir die Frage stellen: Bei welcher Gelegenheit in den letzten zehn Jahren, seit dem gemeinsamen Tarifverhandlungen für die Gemeindegewerkschaften, Straßenbahner usw. geführt wurden, war es notwendig, daß unser Verband durch freie Gewerkschaften bei der Stange gehalten werden mußte? Ein derartiger Fall ist hier nicht vorgekommen. Wohl aber waren Fälle zu verzeichnen, wo gerade unsere Mitglieder der Tarifkommission, nur recht schwer in der gemeinsamen Front zu halten waren und auszubrechen drohten, weil sie

durch Nachgiebigkeit auf der anderen Seite gegenüber den Arbeitgeberern die berechtigten Belange unserer Mitglieder gefährdet glaubten. Weil dem so ist, gelegentliche Fälle nicht vorgekommen sind, müssen wir die in dem zitierten Satz der „Gewerkschaft“ enthaltene, objektiv unwahre Behauptung entschieden zurückweisen.

Christliche Arbeiterschaft und Kommunalpolitik.

Nachstehend bringen wir einen Artikel über Gemeindepolitik aus der Feder eines christlichen Gewerkschaftlers, der die Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung zur Beeinflussung der Kommunalpolitik zeigt. Wir tun es um so lieber, da uns die Ausführungen zeigen, wie auch in der Arbeiterschaft der Privatwirtschaft immer mehr das Verständnis für die besondere Stellung der Gemeindegewerkschaften wächst und das noch anzutreffende Vorurteil gegen die Bestrebungen unserer Kollegenschaft, hinsichtlich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas anders bemerkt zu werden, wie in einem Privatbetriebe, im Schwünge begriffen ist.

Die Schriftleitung.

Die christliche Arbeiterbewegung ist Volks- und Kulturbewegung. Als solche ist sie ein wohl zu beachtender Faktor im gesamten Volksleben. Aus ihrem ureigensten und grundlegenden Daseinsgrunde wird die christliche Arbeiterbewegung daher auch für die Förderung des kommunalen Lebens großes Interesse zeigen, und das um so mehr, als heute allüberall, selbst bis in die kleinste Landgemeinde hinein, die sog. „Wirtschaft“ auf die Entwicklung der Gemeinde immer mehr Einfluß gewinnt. In dieser Interessierung gemeindlichen Lebens gegenüber verpflichtet die Arbeiterbewegung die Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche der Arbeiterschaft an die Volksgemeinschaft. Aus diesem Grunde wird sie nicht nur fürjorgend, sondern auch vorsorgend die Gemeindepolitik beobachten und in ihr aktiv tätig sein müssen.

Die Ausübung der Gemeindepolitik liegt in Händen der politischen Parteien. In ihnen hat die christliche Arbeiterschaft ihre Vertreter. Von diesen muß sie verlangen, daß sie ihr Amt den Grundsätzen der christlichen Arbeiterbewegung entsprechend ausüben. Nicht nur die Stadt- und Gemeindeverordneten, sondern alle Mitglieder der christlichen Arbeiterbewegung, dann aber nicht zuletzt die Organe der Bewegung müssen den Tugenden in der Gemeindepolitik größte Aufmerksamkeit widmen. Heute, wo die verschiedenen Ständekammern über oder ohne die politischen Parteien das gesamte Gemeindegewerbe zu beeinflussen suchen, haben die örtlichen und bezirklichen Instanzen der christlichen Arbeiterbewegung ein gleiches Recht und ein gleiches Interesse. Die christlichen Arbeiter werden sehr scharf darauf zu achten haben, daß Gemeindefragen und Gemeindefürsorge nicht Schachernobis persönlich und einseitigen Vorteil- und Profitstrebens werden. Diese Gefahr liegt sehr nahe. In der Landgemeinde nicht minder als in der Stadt und Großstadt. Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung wird es ferner sein müssen, durch nachdrücklichste Bemühen ihrer Vertreter in den Gemeindeparlamenten und Beeinflussung der öffentlichen Meinung Gemeindefragen und Gemeindefürsorge einseitiger parteipolitischer Beeinflussung zu entziehen.

Worum nun diese Ausführungen?

Den Stadt- und Gemeindeverordneten liegt in den nächsten Wochen und Monaten die Aufgabe ob, die Haushaltspläne der Kommunen festzusetzen. Dann werden die wahlberechtigten Gemeindegewerkschaftler in diesem Jahre vor die Neuwahlen zu den Gemeindeparlamenten gestellt. Die Festlegung der Haushaltspläne bestimmt die gesamte Gemeindepolitik in ihrer tatsächlichen Auswirkung für ein ganzes Jahr. Die kommenden Wahlen werden den politischen und grundlegenden Kurs in der Führung des Gemeindegewerbes für weitere vier Jahre bestimmen. Beide Tatsachen werden auch Brüstlein sein für die christliche Arbeiterschaft, gemeindlichen Leben mehr als früher, das Signum christlichen Arbeitermollens aufzubringen. Denn das bleibt wahr in unserer modernen politischen Entwicklung: Reich- und Staatspolitik erhält in weitestem Maße in der Gemeinde ihre praktische Auswirkung und dort wird sich zeigen, ob christliche Arbeiter kraft und fähig sind, das Volksleben in ihrem Sinne mitzugestalten. Christliche Arbeiter sollten daher an der Kommunalpolitik nie achtlos vorübergehen. In der Kommune wirkt sich ein Großteil der die Arbeiterschaft insbesondere interessierenden Lebensfragen ab, deren

Entwicklung in Reich und Staat meist nur in großen Zügen bestimmbar werden kann.

Die Beratung der Haushaltspläne der Gemeinden ist wohl allorts zuerst eine Finanzfrage. Wir meinen, daß unsere Kollegen diesem Punkte in der Vergangenheit nicht die Aufmerksamkeit haben zuteil werden lassen, wie es erforderlich ist. Hier sei in Erinnerung gebracht, was einmüßig dieser Ausführungen gesagt wurde: die Wirtschaft und ihre Vertreter machen heute selbst bis in die kleinste Landgemeinde hinein ihren Einfluß geltend. Daher sollten wir diesem Kapitel besondere Aufmerksamkeit widmen, unsere Vertreter sich größte Mühe geben, die vorgelegten Haushalts-Vorschläge genauestens zu studieren und in den Fraktionen ihrer Partei mit altem Nachdruck auf eine gesunde, dem Gemeinwohl dienende Finanzpolitik drängen. Man sollte gerade bei Beratung dieser Angelegenheit im kommunalpolitischen Leben bedenken, daß wohl alle kommunalen direkten wie indirekten Steuern immer noch in letzter Linie auf die Schultern der breiten Masse abgeschoben werden. Darum erst recht bleibt der Satz wahr: eine gesunde Finanzpolitik ist auch die beste Sozialpolitik. Nicht von ungefähr kommt das Bemühen anderer Stände, gerade auf die Gestaltung der Finanzpolitik maßgeblichen Einfluß zu erhalten, und das ist nicht immer von eitel Sorge um das Gemeinwohl diktiert!

Die Arbeiterschaft ist ferner aufs stärkste an der Sozialpolitik der Gemeinde interessiert. Von gemeindlicher Sozialpolitik wird die staatliche weitgehendst und stärksten beeinflusst. Wenn wir schon auf dem Standpunkte stehen, daß nächst der Familie die Gemeinde das lebenswichtigste Glied des Staates ist, dann schlußfolgern sich aus dieser gesellschaftlichen Bedeutung des Gemeinlebens die sozialpolitischen Aufgaben der Kommune in ihren großen Umrißen. Gemeindlicher Sozialpolitik Geist und Inhalt christlicher Sozialpolitik zu geben, ist Aufgabe der christlichen Arbeiterschaft und ihrer Organisationen direkt und indirekt. Groß ist die Fülle der sozialpolitischen Aufgaben der modernen Kommune. Die Aufgabe der Sozialpolitik ist die materielle und ideelle Hebung der Lage der wirtschaftlich Schwachen. Ziel der Sozialpolitik ist, dem Einzelnen den Kampf um seine Existenz zu erleichtern, ihn vor Ausbeutung zu schützen und sein Dasein zu bereichern.

Fast alle Kommunen sind heute in mehr oder minder größerem Maße an den verschiedensten Unternehmungen beteiligt. Sie unterhalten Eigenbetriebe, beschäftigen Arbeiter. Grundfals muß daher die Förderung der christlichen Arbeiterbewegung sein; Der Gemeindebetrieb sei Musterbetrieb. Dies schließt nicht nur in sich, daß in der Festsetzung der Lohngestaltung die Gemeinde all-

gemeinüblicher Lohnzahlung gleichkommt, vielmehr soll die Entlohnung der Gemeindearbeiter und der Arbeitnehmer aller kommunalen Unternehmungen über dem Niveau der privatwirtschaftlichen Lohnpolitik liegen. In der Gemeinde sollte dem Arbeitnehmer ein den kulturellen Verhältnissen entsprechender Reallohn gegeben werden. Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnisse haben in Kommunalbetrieben bestmögliche Ausgestaltung zu erfahren. Der im Dienste der Kommune arbeitsunfähig und invalid gewordene Arbeiter soll sich einer weitzügigeren sozialen Betreuung erfreuen dürfen, als man es schlechthin in deutscher Sozialpolitik heute noch gewohnt ist. Maßgebend muß wiederum sein: Staatliche Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung erhält aus gemeindlichem Handeln in dieser Hinsicht Anregung, Befruchtung, Stärkung. Die Wurzel der Ausgestaltung staatlicher Sozialpolitik liegt nicht zuletzt in kommunaler Sozialpolitik.

Damit ist das Maß und der Grad allgemeiner Fürsorge (Wohlfahrtspflege, Unterhaltung sozialer Institute) für die Gemeinde gezeichnet. Jedoch steht die christliche Arbeiterschaft auf dem Standpunkte, daß Sozialpolitik in erster Linie Vorsozialpolitik sein soll. Die Fürsorge hat in zweiter Linie zu kommen. Aufgabe kommunaler vorsozialer Sozialpolitik ist die Gestaltung der Wohnungs- und Siedlungsfrage. In vielen Kommunen zeigt sich gerade hier das Bestreben von Einzelpersönlichkeiten, Wohnungsbaupolitik und Bodenfrage zu Objekten privatkapitalistischer Zwecke zu gestalten. Die christliche Arbeiterschaft wird sich dem in allen seinen Erscheinungen schärfstens entgegenzustellen haben. In diesem Zusammenhange sei rückblickend darauf verwiesen, was vorhin unter Finanzpolitik gesagt wurde. Aufgabe vorsozialer Sozialpolitik ist das in vielen Gemeinden notwendig gewordene Problem, die gesamte Wirtschaftslage innerhalb des Bereiches der Gemeinde zu heben. Hier erwächst ein großes Aufgabengebiet. Das Problem der Arbeitslosigkeit hängt mit diesem Fragenkomplex, der hier nur angedeutet werden kann, aufs engste zusammen.

Die Kulturpolitik der modernen Kommune ist zu einem großen Teil Ausfluß wohlverstandener Sozialpolitik. Sie soll dem wirtschaftlich Schwachen ideelle Werte geben in Vermittlung von Wissen, Bildung und der Schätze des deutschen Geisteslebens. In dieser Aufgabe sehen wir ein wesentliches Mittel zur Überbrückung sozialer Gegensätze, daran die Gemeinde als das der Familie nächststehende Glied in der Volksgemeinschaft größtes Interesse haben sollte. Die deutsche Volksschule, deren Hauptträger die Gemeinden sind, bedarf zu ihrer vervollkommenen Zweck-erfüllung als Bildungsstätte des Volkes unsere größte Aufmerk-

Die Entwicklung der deutschen Großstädte.

Ueber dieses Thema sprach vor einigen Tagen Prof. Kuste im Wirtschaftshistorischen Verein an der Universität Köln. Kuste arbeitet etwa seit einem Jahr im Auftrage des Reichswirtschaftsrats an einer Untersuchung über die Entwicklung der deutschen Großstädte. Nach Kustes Darstellung hat sich in Deutschland seit dem 12. und 13. Jahrhundert das Städteystem entwickelt, ein schöpferischer Vorgang, dessen Bedeutung für die deutsche und die europäische Kulturentwicklung nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Für die Städtebildung waren von jeher die militärische und die Verkehrsfrage ausschlaggebend (im Gegensatz zu England, wo sie mehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt wurde). Auch andere Kräfte wirkten mit, so, besonders seit dem 15. und 16. Jahrhundert, der Charakter als Residenz- und Festhaltungstadt, die Zusammenziehung von qualifizierten Verwaltungspersonen, die, wie schon früher die Kirche, auf ein ihr entsprechendes Produktions- und Handelssystem einwirkten. Wenn auch der Charakter der alten Städte im einzelnen verschieden war, so hatten sie doch durchweg einen gleichartigen Habitus. Seit dem 16. Jahrhundert traten neue Entwicklungen in die Erscheinung: die Rohstofffrage und die Lage der Arbeits- und natürlichen (z. B. Wasser-)Kräfte führten zur Industrialisierung des fachen Landes, dirigiert vom städtischen Warenlager. An einzelnen Orten bildeten sich neue Fertigungsindustrien, besonders Textil und Metall, spezialisierten sich und verließen dem betreffenden Ort seine Eigenart. So bahnte sich der Typ der wirtschaftlich spezialisierten Großstädte an, die jedoch viel weniger universell waren als die mittelalterlichen. Ein dritter Typus entstand im 18. Jahrhundert, als, angetrieben von einer großen Zahl neuer Erfindungen, der Kapitalismus daran ging, die neuen Kräfte massenhaft zu erschließen. Damals wurde, namentlich im Westen, der Grund zum schwerindustriellen Städtetyp gelegt, in dem die Tradition zurücktrat, massenhaft ungelernete Arbeiter herangezogen wurden zur „Männerkraft“ und die Frau als produktionsstragende Kraft in den Hintergrund trat — alles Momente, die für die soziale Haltung dieser Art von Städten mitbestimmend waren.

Mit diesem Impuls war aber die Entwicklung nicht abgeschlossen. Seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erfolgte ein neuer Anstoß durch das Auftreten weltwirtschaftlicher Rohstoffe von der Küste her. Der weltwirtschaftliche Verkehr wirkte jetzt mitbestimmend ein, die Industrialisierung der Hafenstädte kam — ein buntes System, durch keine innere Logik zusammengehalten als eben die Weltwirtschaft in Rohstoffen. Damit entstand aber auch ein bedeutendes Interesse der Großstädte und ihrer Verwaltungen an den weltwirtschaftlichen Vorgängen; Altes kam mit Neuem in Berührung, alte Reichstädte verödeten, und besonders das Handwerk mußte dem Fabrikwettbewerb mit großen Verlusten Tribut zahlen. Dabei blieben die Städte im Vorteil, die schon früher über reiche, innere, lebendige Kräfte verfügt hatten; sie konnten sich mit Erfolg auf Grund lokaler Dispositionen auf einen Industriezweig stützen (Nürnberg Metall, Augsburg Textil, Dortmund Schwerindustrie). Überall begegnen wir dabei aber auch dem Zug zur Vereinseitigung. Andere Städte nahmen etwa durch Messeverkehr eine neue Wendung (Leipzig); die alten Hansestädte an der Nordsee wurden durch den weltwirtschaftlichen Verkehr entsprechend beeinflusst, die östlichen Städte durch die Entwicklung der Landwirtschaft.

Daß neben der Produktion auch die Lage städtebildend wirkte, zeigt in Preußen besonders die Entwicklung der Orte, die in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts Sitz von Eisenbahngesellschaften, später von Verkehrsbehörden wurden. In jüngster Zeit hat die Vermehrung der Kraftwagen, der Binnenschiffahrt, Lotte und der Flughäfen in gleicher Richtung gewirkt, und zwar so stark, daß z. B. in Köln allein etwa 50 000 Metallarbeiter vorhanden sind. Die Menschen wurden und werden in Bewegung gesetzt durch Wallfahrten, die Romantik, die Sehnsucht nach Denkmälern und Museen, ein neues Bewußtwerden landschaftlicher Schönheiten, den modernen Badeverkehr, der allein zur Bildung von Kurorten führen kann. Neue geistige Strömungen kamen hinzu, der Drang des modernen Menschen zur Veranschaulichung, der kaum wieder verschwinden wird, die allgemeine Organisation der Gleichinteressierten, gerichteten und gesinneten, eine ungeheure Verbandsbildung. An derartige Bewegungen

jamkeit und nicht eine stiefmütterliche Behandlung zugunsten anderer Bildungsstätten. Die Volksschule darf nicht sein eben nur Schule des (niedereren) Volkes, sondern muß allerorts befähigt werden, im demokratischen Volksgefüge allen jungen Staatsbürgern möglichst vollkommene Ausbildung für das kommende Leben zu sichern. Wie liegen nun die Dinge in vielen Kommunen? Wir haben eine trasse Bevorzugung der Bildungsstätten der Kinder besitzender Stände; der höheren Schulen. Das ist allen Einsichtigen klar, daß die höheren Schulen heute weitgehendst Monopol der besitzenden Stände sind. Wenn schon allein die Besucherzahl der Kinder aus dem Arbeiterstande an sich gering ist, gegenüber denen der anderen Stände, so muß man darüber hinaus in vielen Gemeinden beobachten, daß den höheren Schulen eine Fürsorge zuteil wird, und eine finanzielle Unterstützung, die in keinem Verhältnis steht zu dem, was die Schule für das Gebiet der Gemeinde bedeutet, und auch in keinen Zusammenhang gebracht werden kann mit den wohlverstandenen sozialen Aufgaben, der Gemeinden allen Gemeindegliedern gegenüber. Die Zuschüsse, die nicht wenige Gemeinden für das Kind der höheren Schulen jährlich zahlen, betragen oft ein vielfaches von dem, was für das Kind der Volksschule aufgewandt wird. Hier muß es Aufgabe der christlichen Arbeiterschaft und ihrer Beauftragten in den Gemeindeparlamenten sein, ganz entschieden auf Verringerung zu dringen. Ferner ist feststehend, daß ein Großteil der vorgeesehenen Stipendien vielerorts als Geschwisterstipendien ausgeworfen wird während das Kind aus dem Arbeiterstand nach wie vor vernachlässigt wird. Neben dem Schulwesen haben auch alle anderen der Förderung kultureller Bestrebungen dienenden Institutionen der Gemeinden der Allgemeinheit zu dienen und nicht nur zu Lasten derselben zu gehen.

In diesen Ausführungen konnten nur einige wenige Fragen heutiger moderner Gemeindepolitik berührt werden. Die überlassen uns schon mit aller Klarheit erkennen, daß es Aufgabe der christlichen Arbeiterschaft überhaupt sein muß, in Zukunft der Gemeindepolitik allerorts weit mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als früher der Fall gewesen sein mag. Wir stehen vor der Tatsache, daß in der Gemeindepolitik sich Staats- und Reichspolitik zu wesentlichen Teilen wiederpiegelt und von ihr aus wesentliche Impulse erhält. Darum werden die christlichen Arbeiter aus der Zielsetzung ihrer Bewegung heraus sich verantwortungsvoll und verantwortungsbereit in die Gemeindepolitik hineinstellen und mit den anderen Ständen gleichberechtigt an der Lösung der kommunalpolitischen Aufgabe der heutigen Zeit arbeiten.

at.

knüpft die moderne Großstadt an mit Verkehrsämtern, mit Messe- und Ausstellungspolitik. Soweit das Bestreben im Rahmen natürlicher Grenzen bleibt, ist es gerechtfertigt. Jede Stadt kann nach ihren Kräften versuchen, derartige Ströme bei sich aufzufangen. Jedoch sind die Auswirkungen heute noch nicht geklärt, und daß solche und ähnliche Bestrebungen im Anfang oft stark übertrieben werden, ist eine bekannte Erfahrung. Jedenfalls zeichnet sich aber von diesen Grundlagen her eine neue Entwicklung im Wirtschaftsleben ab.

Die Tendenz, daß seit 1871 die kleinen Städte ihre Einwohnerzahl verdoppelt, die mittleren vervielfacht und die großen gar verachtfaht haben, muß bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen entsprechend ihrer Bedeutung eingeschätzt werden. Die städtische Lebensform beherrscht das Volk immer mehr und schlebt auf Kosten der Großindustriellen die fertiginindustrielle Leistung immer mehr in den Vordergrund, vor allem im Hinblick auf die siedlungsmäßige Tätigkeit mit ihrer Bedeutung für den inneren Markt. Die Großstädte erhalten ein solches Schwergewicht, daß sie selbst wirtschaftsbestimmend werden, selbständige Bedarfskörper, die ein wirtschaftliches Eigenleben nach eigenen Schemen führen, am stärksten in den alten Städten, die von jeher in ihrer Zusammenfassung und Betätigung vielseitig waren. Sie sind auch am besten disponiert für die Leistungen der modernen Großstadt. Das allgemeine quantitative Schwergewicht der Menge, auch wenn sie ohne Tradition ist, wird immer die Vielseitigkeit anregen, auch in Richtung auf Neuaufbau der Produktion und Aufbringung der Produktionsmittel, woran in unserer Zeit der Metallkultur die Metallindustrie hervorragend beteiligt ist. Da die Provinz nach dem Beispiel der Großstadt lebt, ist das Provinzialgeschäft für die Großstadt von überragender Bedeutung. Der Verkehr kennt weniger Massen als Stückgut, geht aber oft über die Provinz hinaus bis zum Weltgeschäft, je vielseitiger und qualifizierter die Leistungen, desto bunter die Verbindungen nach außen, desto gesicherter aber auch der Großstadtkörper gegen Konjunkturschwankungen. Weitsehende Kommunalpolitik wird deshalb die Vielseitigkeit pflegen und ihr nachhelfen. Der Handel hat die Aufgabe, etwa vorhandene Lücken

Die Entwicklung des Lebensunterhaltungsindex und der Löhne.

Obwohl durch die Rationalisierung von Industrie und Gewerbe eine Verbilligung der Warenherstellung erfolgt ist, obgleich die Preise für die im Inlande erzeugten Lebensmittel, die der Bauer erhält, nur ein geringes über dem Friedenspreis liegen, ist ein ständiges Steigen der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen. Der Index hierfür stellte sich in den letzten vier Jahren wie folgt:

Monat	1924	1925	1926	1927	1928
Januar	125,9	135,6	139,8	144,6	150,8
Februar	119,9	135,6	138,8	145,4	150,6
März	121,9	136,0	139,3	144,9	
April	121,3	136,7	139,6	146,4	
Mai	126,9	135,5	139,9	146,5	
Juni	123,5	138,3	140,5	147,7	
Juli	126,4	143,3	142,4	150,0	
August	126,7	145,0	142,5	146,6	
September	129,4	141,9	142,0	147,1	
Oktober	131,9	143,5	142,2	150,2	
November	135,4	141,4	143,6	150,6	
Dezember	135,4	141,2	144,3	151,3	

Wo sind die Gewinne, die sich aus obigen Zahlen unter Berücksichtigung der Rationalisierung und der Großhandelspreise für einheimische Lebensmittel ergeben, geblieben? Da gegenwärtig der Lohnindex zum Teil unter 150 liegt, günstigenfalls diese Zahl erreicht, haben die Arbeiter bisher keinen Vorteil von der Verbilligung der Warenherstellung durch die Rationalisierung gehabt.

Nach einer Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände soll in den letzten vier Jahren eine Lohnsteigerung um 80 bis 90 Prozent stattgefunden haben. Danach hat also der Reallohn 1924 wie 81 zu 125 der Lebenshaltungskosten gestanden. Also mit anderen Worten gesagt, die Lebenshaltung der Arbeiter lag damals um rund 54 Prozent niedriger wie in der Vorkriegszeit. Dann allerdings muß, um zu einem gerechten Lohne zu kommen — angenommen der Lohn der Vorkriegszeit wäre gerecht und ausreichend gewesen — eine Lohnerhöhung erfolgen, die nicht nur einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung in der Zukunft, sondern auch den vorenthaltenen Lohn der letzten vier Jahre nachträglich zur Auszahlung bringt.

auszufüllen. Der Bedarf an Fertigwaren hat in vielseitigen Städten bei weitem nicht die Bedeutung wie in einseitigen Fertigungsindustrie, Handel und Verkehr treten immer mehr in den Vordergrund. Gelehrte Kräfte, Angestellte werden lebhaft und gewinnen steigende Bedeutung. Entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiet der Wohnungs-, Schul- und Bildungspolitik müssen die notwendige Folge sein. Wenngleich die Tendenz im Verbandswesen in Deutschland in der Hauptsache auf Berlin abgestellt ist, haben führende Provinzstädte doch auch einen erheblichen Anteil daran. Wir müssen, so beschloß Professor Kuste, in steigendem Umfang mit Großstädten mit all ihren Licht- und Schattenseiten rechnen; wir haben die Aufgabe, den Einzelerscheinungen gerecht zu werden und von ihnen aus zweckmäßig zu handeln.

Zahlen in Bildern.

Jede Großstadt hat eine Einrichtung, die sich Statistisches Amt nennt. Seine Aufgabe ist in Zahlen zu veranschaulichen, was war, ist und in welcher Richtung die Entwicklung läuft. Für den, der diese Zahlen zu lesen versteht, zeigen sie neben den Lichtseiten auch die tiefsten Schattenseiten, führen uns deutlich vor Augen, daß es neben dem glänzenden öffentlichen Leben, neben den Prachtstrahlen, den Villenvierteln, den lockenden großen Geschäften, den raffiniert luxuriös ausgestatteten Vergnügungsstätten, wie Theater, Kinos, Kaffeehäuser usw. eine Seite des großstädtischen Lebens gibt, die sich verbirgt, sich in der Regel schämt, in der vollen Beleuchtung der Öffentlichkeit sich zu zeigen. Die statistischen Zahlen der glänzenden Weltstadt Berlin zeigen uns diese andere Seite. Sie sind in der „Verbarus“ zu folgenden Bildern zusammengestellt.

Erstes: die Armut! Die auf Krücken geht! Die ohne Hilfe bricht! 3500 Blinde in Berlin! 4'00 Taubstumme! Die Stadt unterstützte August 1927 fortlaufend 123.000 Menschen. Zu ihnen gehören die Sozialrentner und die Kleinrentner. Unterstützte einmal 37.800. Gab Erwerbslosenhilfe an 24.400 Erwerbslose, ohne Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, mit 15.500 Ange-

Unberücksichtigt bei dieser Aufrechnung ist noch die Unzuverlässigkeit des aufgestellten Index. Die Berechnungsgrundlagen der Indizes sind höchst unvollkommen. Man braucht sich daraufhin nur den angenommenen Aufwand für Wohnung, Bekleidung, für Verkehr und für den sonstigen Bedarf anzusehen. Für die Wohnung ist beispielsweise nur die gesetzliche Miete einer Zweizimmerwohnung mit Küche eingeleitet, während mehr und mehr Arbeitnehmer gezwungen sind, in Neubauten teilweise bis zu 100 Prozent höhere Mieten zu zahlen. In der Verbrauchsgruppe „Ernährung“ sind die Rationen nicht nur sehr bescheiden, sondern teilweise völlig unzulänglich.

In den nächsten Monaten kommen circa 300 Tarifverträge oder Lohnabkommen, die rund 5 Millionen Arbeiter umfassen, zum Ablauf. Bei den bevorstehenden Verhandlungen wird wiederum versucht werden, den Lebenshaltungsindex zum Maßstab für die Lohnfestsetzung zu machen. Hiergegen werden sich die Gewerkschaften mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wenden. Ist es nicht gerade ein unethisches Handeln, den Lebenshaltungsindex, der ganz anderen Zwecken zu dienen hat, zu benutzen, um einem ganzen Stand die Berechtigung zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg abzusprechen. Nicht die erbärmliche Lebenshaltung in der Vorkriegszeit darf maßgebend sein, sondern der Ertrag der Wirtschaft und der Arbeit. Nicht aber der sogenannte Reinertrag, nachdem alle anderen Stände und Volksschichten sich vorher ihren gut gemessenen Anteil daran gesichert haben.

Schließlich muß das Unternehmertum gezwungen werden, seine Wirtschaftsführung so einzurichten, daß zunächst jenen Gliedern der Wirtschaft, die erst durch ihre Arbeit einen Ertrag schaffen, ihr Recht auf eine dem jetzigen allgemeinen Wohl- und Kulturstande entsprechende Lebenshaltung wird, bevor andere sich in unsozialer Weise davon ihre Taschen füllen.

Augen oder Beutel auf.

Je schärfer die Konkurrenz im Geschäftsleben, je größer die Zahl der arbeitslosen Angestellten, um so stärker werden die privaten Haushaltungen mit Reisenden und Vertretern überlaufen. Versicherungen, Bücher, Wäsche, Kleidungsstoffe und noch viele andere nützliche und auch überflüssige Sachen werden angeboten. So lange gegen bar gekauft werden muß, wehst wohl jeder selbst am besten, was er zu tun hat.

In manchen Fällen verstehen es aber die wortgewandten Vertreter, den Käufer, besonders die Frauen, mit Worten be-

hörigen! Die Erwerbslosenunterstützung des Reiches und des Landes an 70 000! Gesamtsumme 272 000! Die Stadt der Unterfliegen! So groß ist Magdeburg-Elbe! So groß Königsberg-Preußen! So groß die freie Hansestadt Bremen! Das ist belächelt und gerechnet. Summierung der „Partei“! Nicht der Einzelner! Auf die „Partei“ kommen im Durchschnitt drei Menschen. Als dreimal Magdeburg, Dreimal Königsberg, Dreimal Bremen. Januar 1927 lautete das Sprichwort, jeder vierte Berliner lebe von der Stadt. Der holte die Rente! Der ging kumpeln! Dreimal die Woge! Der Stempel wehelt die Farbe. Rot! Blau! Grün! Aber er wiederholt das furchtbare Wort „Arbeitslos“!

Zweites: der Winter. Für 1926/27 gab die Stadt als Winterbeihilfe 3 Millionen Zentner Kohlen! Die wurden an Bedürftige verteilt. Doch sie nicht frieren sollten. Ich habe heute morgen eine große Kohlenfirma angeläutet. Um Ueberrechnung dieser Zentner in Waggons gebeten. Nach einer Viertelstunde die Antwort! Das macht 10 000 Waggons! Den Waggon rechnet man auf 21 Meter Länge. Ohne Puffer! Mit Puffern 23 Meter! So mißt der Eisenbahnzug 230 Kilometer. Ich schlage Storms Anreißer nach. Das ist die Straße Potsdam-Hannover. Ein Güterzug! Die Waggons, Puffer an Puffer, mit Kohlen zugeschaukelt! Das bedeutete einen Winter! Den vorigen Winter! Was wird dieser fordern?

Drittes: das Obdach. Ich habe heute abend 21,45 Uhr angerufen! Die Aufnahme schließlich 22 Uhr! So gab man mir die Zahlen von gestern! Städtisches Obdach! Fröbelstraße! Berlin RW 55! Die Obdachlosen nennen es „Palme“. Die Dandance hat an der Fröbelstraße! Belegschaft 6. Dezember 1927: 2073 Männer, 161 Frauen, 72 Jugendliche! 2309 Menschen! Dazu in der Schmitterkaserne Bismarck, in derselben Nacht, 51 Frauen und 71 Kinder. 6. Dezember 1926 waren es fast 800 mehr: 3095 Obdachlose! Demen das geringe Geld zur Heilung, zur Stadtmilch zum Johannishaus nicht reicht. Wöllig Obdachlos! Hier gibt's ein Bad am Nachmittags! Einen Keller zum Abend! Eine durchwärmte Nacht! Zum Morgen Kaffee! Dann hinaus auf die kalte Straße! 3095 Menschen! Im Sommer find's

hoffen zu machen und sie zu veranlassen, eine Bestellung oder einen Kaufvertrag zu unterzeichnen.

Bei späterem ruhigem Nachdenken ergibt sich dann vielfach, daß die Verpflichtungen aus dem Vertrage die finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigen, oder die verkaufte Ware in jedem ökonomischen Geschäft billiger zu haben ist, oder aber daß es viel richtiger gewesen sei, anstatt dieser oder jener Sache, eine andere, die zweckmäßiger und notwendiger ist, anzuschaffen.

Dann wird versucht, den Kauf oder den Vertrag rückgängig zu machen. Nur in den seltensten Fällen gelingt dieses. Selbst wenn der Agent sich unter falschen Vorpiegelungen die Unterschrift erschlichen hat, ist in der Regel nichts zu machen, da dieses bewiesen werden muß. Doch nur in den aller seltensten Fällen gelingt dieser Beweis.

Wenn seitens der Ehefrau die Unterschrift geleistet ist, ist auch der Ehemann haftbar, sofern die Rechtsgeschäfte sich innerhalb des Schiffsrechts der Frau halten. Diese Grenze ist äußerst flüchtig. Bei Gütertrennung der Ehegatten haftet die Ehefrau auch trotzdem mit ihrem ganzen Vermögen für alle von ihr abgeschlossenen Rechtsgeschäfte.

Selbst wenn Aussicht besteht, den Vertrag rückgängig zu machen, empfiehlt es sich nicht, es auf einen Prozeß ankommen zu lassen. In fast sämtlichen derartigen Verträgen ist als Gerichtsstand jener Ort vereinbart, in dessen Bezirk der Verkäufer wohnt, oder sein Geschäft hat. Im z. B. der Kaufvertrag in Köln oder Dortmund getätigt, als Gerichtsstand aber Berlin oder München vereinbart sind nur die Gerichte in diesen Orten zuständig. Erschwert daher der Beklagte nicht oder läßt er sich nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten, wird der Käufer, auch wenn er im Recht ist, durch Versäumnisurteil zur Zahlung des eingekauften Betrages und der Kosten verurteilt. Von Rechts wegen: Augen, oder Beutel auf!

Wie kann man sich gegen derartige Unannehmlichkeiten schützen? In jedem kostbaren geordneten Haushalt erfolgt jede außerordentliche Anschaffung nach vorheriger Vereinbarung zwischen Mann und Frau und erst nach reiflicher Ueberlegung. Ein für allemal hat zwischen Mann und Frau und den erwachsenen Kindern zu werden, daß Unterschriften nur vom Manne, oder nur im Beisein des Mannes von der Frau oder einem Kinde geleistet werden.

Verträge um die größere Verpflichtungen aufzulegen, sollten erst nach reiflicher Ueberlegung und genauer Durchsicht abgeschlossen werden. „Schlafen wir erst eine Nacht darüber“, sagt meine Frau bei jeder nicht alltäglichen Gelegenheit und wir sind gut dabei gefahren. Erst getan und dann bedacht, hat manchem großes Leid gebracht. Hier gibt's nur einen Schutz: Unterschriften oder vereinbarte nichts, was du bei ruhiger Ueberlegung nicht tun würdest!

weniger. Dann reichen die Bahnhöfe und der Tiergarten. Im Juni kam mehrfach zu mir ein früherer Offizier! Der im Tiergarten schließt! Mit ihm seine Frau! Eine Krankenschwester! Ost wochenlang! Wie lange ist der jetzt nicht mehr gekommen! Der als Lehter im Stettiner Bahnhof sah!

Viertes: die Jugend. Die „Jugendwohlfahrt“ betrent 21 000 Krüppelkinder, 53 000 Minder-, 10 000 Fortkinder, 8000 Fürsorgepfläuge, 18 000 Pflegekinder. Das macht 115 000 Menschen. Eine deutsche Großstadt! Nur bei Dortmund umfaßt diese Zahl. Von den 53 000 Minderkindern sind 50 000 uneheliche. Massenchor des Abend! Massenchor der Anlage! Wenn wieder ein Massenchor das Drama des untergehenden Europa schreibt! Noch eine Zahl! Die Stadt zählte 8000 abgeschlossene Strafverfahren gegen jugendliche Menschen. Vom Januar bis November. In diesem Jahr! Bis heute! 8000 jugendliche Menschen vor Gericht! Du kennst Unter den Linden? Von Rauchs Freizeitspendmal bis zum Lantans' Brandenburger Tor ist es eine Kilometer-Straße! Stell' diese Jugendlichen auf! Der erste stellt ins Statett des Denkmals. Der letzte fast die Spitze des Torres. Die anderen reichen sich die Hände! Dann können sie zehnmal die Kette anzuflehen vom Alten Ketz zum Brandenburger Tor! Zehnmal die Kette sind 8000 Jugendliche! Die jedes Jahr in Berlin vor dem Richter stehen!

Fünftes: die Familie. 5500 Ärzte! Hebammen 1924 1048! 1925 979! In der Spanne des einen Jahres 69 weniger! Im Jahre 1925 45 000 Geburten! Lebendgeburten! 2000 Totgeburten! 45 700 Todesfälle! Also 700 Sterbende mehr als Geborene. 700 Säuglinge mehr als Wiegen! So ist Berlin eine sterbende Stadt! Sie lebt von der Zuwanderung! 1925 zuzogen 899 000 und abwanderten 684 000! Uebersehung 105 000! Dieser Uebersehung deut das W'rus zu. Die Zerlesung geht weiter! Auf ein Jahr fallen 41 500 Eheschließungen und 6700 Ehescheidungen! Im Säuglinge und Kleinkinder kümmern sich 70 städtische Fürsorgestellen! Heben der rationellen Organisation der freien Wohlfahrtspflege aller Weltanschauungen! Die Schulpflichtigen verteilen sich ungleich! In Reinickendorf steht ihr höchster Prozent-

Reichs- und Staatsarbeiter.

Ein Hauptbetriebsrat für die Seeresbetriebe.

Dem Beispiel verschiedener Verwaltungszweige des Reiches folgend, beschäftigt das Reichswehrministerium um, auf Grund des § 61 des Reichsbeschäftigungsgesetzes, neben den Betriebsvertretungen in den einzelnen Betrieben einen Hauptbetriebsrat zu bilden.

Der Bereich des Hauptbetriebsrats wird sich nicht erstrecken auf die Remonteamtler, die dem Reichswehrministerium unterstehenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Marineverwaltungen in Wilhelmshaven und das Marinearsenal in Kiel.

Dem Hauptbetriebsrat sollen die Aufgaben zufallen, die über den Bereich der Einzelbetriebsvertretungen hinausragen. Er wird insgesamt neun Mitglieder umfassen, die von den Arbeitern und Angestellten der Seeresbetriebe gewählt werden. Die Wahl soll in dem gleichen Wahlgange erfolgen, in dem die Einzelbetriebsvertretungen gewählt werden. Der Hauptbetriebsrat wird aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss von zwei Mitgliedern wählen, deren Geschäftssitzort Berlin sein soll.

Die Wahlen werden voraussichtlich am 1. April stattfinden. Um eine gemeinsame Wahl des Hauptbetriebsrats und der Einzelbetriebsvertretungen (Betriebsräte, Betriebsabteilende) zu ermöglichen, sollen die Vertreter in den Einzelbetrieben, deren Amtsdauer schon vor dem in Aussicht genommenen gemeinsamen Wahlgang endet, angetraut werden, die Neuwahlen noch nicht auszuschreiben, vielmehr ihr Amt bis zu der befristeten Zeit weiterhin auszuüben. Ebenso sollen solche Vertreter, deren Amtsdauer an dem gemeinsamen Wahlgang noch nicht beendet sein sollte, angehalten werden, ihr Amt zu diesem Termin niederzulegen.

Eine Verordnung über die Errichtung eines Hauptbetriebsrats ist bis jetzt noch nicht ergangen. Es ist aber damit zu rechnen, daß der Reichswehrminister in Kürze eine solche verfügt.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Darmstadt (Reichsarbeiter). Unsere letzte vollständig beschlossene Versammlung am 17. Februar beschäftigte sich mit dem Abschluß des neuen Arbeitsmarktarbeitsvertrages für Reichsarbeiter. Nebenher war Kollege Weiler, München, im März finden die Verhandlungen über den Lohnvertrag. Die Versorgungsstufe für Reichs- und Staatsarbeiter ist nunmehr gegründet und damit eine von uns schon vor langen Jahren aufgestellte Forderung erfüllt. Schon 1913 wäre es zur Errichtung einer Pensionskasse gekommen, wenn sie durch die Abstimmung des damaligen (schlechten) Reichs- und Staatsarbeiterverbandes und den Mitgliedern der freien Gewerkschaften nicht zu Fall gebracht worden wäre. Derselben Pensionskasse damals gegen, weil sie eine Pensionskasse wolle, zu der das Reich allein die Kosten tragen sollte. Zu der damaligen Denkschrift der Regierung war vorgeschlagen, daß das Reich vier Fünftel, die Arbeiter ein Fünftel an Beiträgen aufbringen sollten. Des weiteren wurde bei neuer Erörterung über Regelung der Wochenfeiertage besprochen, der für die bayr. Kollegen eine teilweise Neuabschätzung gegenüber dem bis-

her mit 16,07 Prozent. In Wilmersdorf, dem Bezirksamt mit 10,06 Prozent. Der Krankenfürsorge dienen 196 Krankentafeln. Davon 100 Krankentafeln, 110 Betriebskrankentafeln, 55 kaufmännische Krankentafeln. Gesamtzahl der Mitglieder 1342800! Ein Heer von Beamten im Dienste dieser Kassen. Die Betriebskrankentafel Berlin allein verwendet für ihre 47000 Mitglieder 60 Millionen! Einen Beamten der Ortskrankentafeln habe ich nach dem Anfang ihrer Büros gefragt! Er meinte, mit 1000 Jinnern sei deren Zahl nicht zu hoch berechnet.

Schicksal der Krieg. Die Stadt betreut 44000 Kriegsbeldadigte! Hier von 19000 Schwerkrankenbeschädigte! Außerdem 88700 Kriegerhinterbliebene, Hiernon 3400 Volkswaisen, 18000 Halbweihen, 2000 Elternpaare, 35000 Witwen! Chor der Frauen am Grabe von Sula! Oben verglühenden Schmerzes! Hinter den Frauen das Orchester der Kriegsbeldadigten! Am sie gruppiert die Waisenkinder und die verlassenen Eltern! Das Ganze eine Großstadt der Trauer!

Siebentes: das Gefängnis. Die Zahl ist rasch an die Tafel geschrieben. Täglich öffnen sich die Tore! Des Strafgefängnisses! Des Ruchthauses! Des Untersuchungsgefängnisses! Diese Tore durchschreiten täglich 300 Menschen! In den Atem erstickter Freiheit! Um 40 bis 50 bemüht sich die Gefangenenernährung im Sommer. Um 70 bis 80 im Winter. Die übrigen gehen ihnen Weg allein. Zu den Eltern? Zur Frau? Zu neuem Leben? Das sind im Jahre 119000! Die deutsche Wehrmacht umfaßt 100000! Ein Heer, das aus den Toren des Landes ins Land strömt! Täglich 300! Wenn wir sie am Stehtür, am Anhalter, am Lehrter Bahnhof in die Heimat fahren wollten! Im Schlafwagen dritter Klasse! Jedesmal drei übermüdet! Das gäbe 32 für den Wagen! Das gäbe 10 Schlafwagen! Einen Schlafwagenzug mit zehn Wagen, täglich, ab Berlin ins Land! Entlassene Strafgefangene!

Wie in Berlin, so in anderen Großstädten die verhältnismäßig gleichen Zahlen. Geben diese Zahlen in Bildern denn doch nicht zu denken? Mühte nicht mehr Vorsorge wie Fürsorge geschrieben werden?

herigen Zustände bringt. Als hochdringlichen Wunsch bezeichnet die Kollegen die Forderung, daß bei den neuen Lohnabschließungen die Löhne der Reichsarbeiter mit jenen der Gemeinde- und Betriebsarbeiter in Einklang gebracht werden möchten. Als Kandidat zum Reichsbetriebsrat wurde Kollege Thoma vorgeschlagen.

Köln. Am 11. Februar fand die großartige Generalversammlung der Ortsvereinschaft statt. Kollege Poff erzielte dieselbe und gedachte des im letzten Geschäftsjahre verstorbenen Kollegen Fiedler.

Aus dem Lagebericht des Vorsitzenden ging hervor, daß unser Verband in Köln eine gute Entwicklung genommen hat. 5 allgemeine Mitglieder, 20 Fachgruppenversammlungen und 12 Fortbildung- und Fortanbildungsvorlesungen wurden im Berichtsjahre abgehalten und dienten der allgemeinen Belehrung und Schulung unserer Mitglieder und Stellungnahme zu unseren Lohn- und Tarifbestrebungen. Der Wunsch der Veranlassung kann besonders im Sommerhalbjahre besser sein können bei aller Arbeitslosigkeit und den Wartungsarbeiten, daß auch in dieser Zeit die Gewerkschaftsarbeit nicht zurückgesetzt werden.

Die Mitgliederzahl stieg von 530 auf 600. Mit dem Dank an alle Mitarbeiter, verband Kollege Poff die Bitte, weiter zusammenzuarbeiten für die Stärkung unseres Verbandes.

Der Kassenericht des Kollegen Garmisch ergab ein erfreuliches Bild. Es wurden 22700 Mark und 1600 Mark abgeschrieben veranlagt und insgesamt eine Einnahme von 16488 Mark erzielt. Durch Beitragsrückzahlung, verbunden mit Mitgliederzuwachs, stiegen die Einnahmen um 25 Prozent. 11800 Mark wurden an die Hauptkasse abgeführt.

Dem Gesamtvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus der Fortanbildung gingen wieder die Kollegen Poff als 1. Vorsitzender, Garmisch als 1. Kassierer und die Kollegen Gerpe und Böttge als Schriftführer hervor.

Kollege Kowal nahm Stellung zu allen wichtigen Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, an denen wir als Gewerkschafter besonders interessiert haben. Das vergangene Jahr ist ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs gewesen, nicht nur der Menge der Produktion nach, wie es die Arbeit bei immer höherem, sondern auch dem Gewinne nach. Wir als Arbeiter im allgemeinen und auch besonders als Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen haben trotz des Aufschwunges der Wirtschaft und der Gewinnsteigerung den normativen und gerechten Anteil nicht erhalten.

Das nachstehende muß Aufgabe der nächsten Monate sein. Die Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Mitteldeutschland ist deshalb dringend notwendig, um besonders auch dem in der letzten Zeit sowohl seitens der Arbeitgeber als auch von Seiten der sozialistischen Gewerkschaften immer stärker hervortretenden Klassenantagonismus im Interesse aller wirksam entgegenzutreten.

In Zukunft wird es notwendig sein, die von der Organisation zur Beschäftigung gestellten Bildungsmöglichkeiten besser auszunutzen und auszubauen.

Unser Ziel muß sein, eine lebendige, geistig nachwärtstreibende Arbeitnehmerschaft herauszubilden, um den Kampf für die wirtschaftliche, soziale Verbesserung und gesellschaftliche Gleichberechtigung erfolgreicher führen zu können.

Zum Schluß wurde auf die kommenden Betriebsratswahlen hingewiesen und jeder zur Mitarbeit an denselben aufgefordert. Eine Anzahl neuer Mitglieder erklärten ihren Beitritt zum Verband.

Frankfurt a. M. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 17. Februar unter reger Beteiligung der Mitglieder statt. Kollege Ring gab den in mehr als einem Punkt interessanten Jahresbericht. 7 Fortanbildungsvorlesungen, 1 Generalversammlung, 3 Quartalsversammlungen, 8 monatliche Versammlungen, 13 Betriebsversammlungen haben im vergangenen Jahr für ein reges Leben innerhalb der Ortsgruppe gesorgt. In diesen Versammlungen wurde zu den jeweiligen Tages- und Tagesfragen Stellung genommen. Kollege Ring erläuterte in Sonderbeiträge die im März-April 1927 stattgefundenen Lohnabschlüsse, den sozialistischen Lohnstreik im Herbst, den Neuantritt des RRT, Strafenabschüsse und die Erneuerung des RRTS 1926, die Arbeitslosigkeit, Arbeitsverhältnisse, die Anträge der Organisation auf Überführung der hiesigen Straßenbahnen ins Angestelltenverhältnis und schließlich die Auswirkung der neuen Beamteneinstellung auf andere Mitglieder.

Der Jahresbericht des Kollegen Burger wurde mit Interesse und Befriedigung von der Versammlung entgegengenommen und zeigte eine weitere Festigung und Verbesserung der Kassenverhältnisse. Nach erfolgter Entlastung des Vorstandes wurden für die ausgetretenen Mitglieder desselben Kollege W. und 1. Vorsitzender, Kollege Garmisch als Schriftführer und Kollege Garmisch als Kassierer gewählt. Das Amt des Kassierers bleibt weiterhin in den bewährten Händen des Kollegen Burger. In die Wahl schloß sich ein Vortrag des jungen Kollegen Paul über die Standwerdung der Arbeiterschaft an, der eine rege Diskussion auslöste.

Folgender Antrag des Kollegen Wessler wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen: Die Zentrale wolle den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften beurlauben, bis hin zu wirken, daß sich durch Gesetz die Altersrente zur Erreichung der Jubiläumsrente herabgesetzt wird. Dagegen soll dahin gewirkt werden, daß die Rentenversicherung an die Gehälter des verstorbenen Versicherten nicht von der zeitlichen Jubiläumstabelle abhängig gemacht wird.

Baden-Baden. Am 26. Februar hielten die Gruppen Stadt- und Staatsarbeiter ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Besuch war gegenüber den letzten Versammlungen ein äußerst guter. Der Vorsitzende Kollege Hochstuhl eröffnete die Versammlung und erteilte dem neuen Verbandssekretär Hermann Dietrich das Wort zur Erklärung des Tätigkeitsberichts. Der Vortragende gab ein überaus lebendiges Bild von der Arbeit und den Erfolgen unserer Ortsgruppe, sowohl für die Stadt- wie auch Staatsarbeiter. Aufschlußreich hielten wurde der Jahresbericht erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Emil Hochstuhl, 1. Schriftführer Dietrich Weller. — Lebhaftem Interesse begegnete die Arbeitslosigkeit. Einbringung wurde die vorgeschlagene Regelung gutgeheißen. Am 1. Punkt des Berichtes wurde manche gute Anregung gegeben. Zum Schluß richtete Kollege Weller begeisterte Worte an die Versammelten, hinsichtlich dem Verband die Treue zu bewahren und dem neuen Verbandsbestimmten Vertrauen entgegenzubringen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In dieser Versammlung hat der überwiegende Teil

der Stadt- und Staatsarbeiter kundgetan, daß sie sich in ihrer Treue zum Verband durch nichts irren lassen.

Neuburg a. D. Dem Berichte des Vorsitzenden in der Generalversammlung ist zu entnehmen, daß die Ortsgruppe im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Dieses ist darauf zurückzuführen, daß der Verband bemüht war, die Interessen der Kollegen bei der Neuordnung der Tarifhöhe und Erhöhung der Erlöse nachzuverfolgen. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Reiche betragen die Einnahmen 731,90 M., die Ausgaben 268,54 M., sodas an die Kasse 463,36 M. abgeliefert werden konnten. Der Bestand der Kasse beträgt zur Zeit 1148 M. Die bisherige Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt.

Bezirksleiter Weiler hielt einen Vortrag über die Tätigkeit unseres Verbandes im Jahr 1927.

In der Ansprache wurde Stellung genommen zur Festlegung der Arbeitslohn für Arbeiter zur Gewinnung des Materials für Straßenbedeckung und verlangt, daß hier nur eine Vereinfachung im Sinne der Bestimmungen des § 11 abgeschlossen werden dürfe. Zurückgewiesen wurde das Ansuchen, bei der Arbeitslohn täglich 12 Stunden zu arbeiten während zahlreicher Arbeitslose vorhanden sind.

Vom Referenten wurde ichatig gerügt, daß ein Beamter des Arbeitsamtes in Neuburg Arbeiter bzw. deren Angehörige, die ihre Erwerbslosenunterstützung beziehen wollen, nicht angemessen behandelt. Das hierzu angefallene Material wird der zuständigen Stelle überwiesen. Die Kollegen erwarten bei der bevorstehenden Lohnbewegung für die Staatsbauarbeiter eine Erhöhung ihrer Bezüge — Eine besonders eingehende Besprechung erfuhr die Zulassungsgasse des Reiches und der Länder.

Ohligs. Dem Bericht des 1. Vorsitzenden, Kollegen Klein, in der Generalversammlung ist zu entnehmen, daß der Vorstand und die Verbändeleitung ihr Bestreben daran hoben, um die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. An der Versammlung nahm für den verhinderten Bezirksleiter, Kollegen Weder, der Sekretär, Kollege Waltraff (Klein), teil, der über Vertriebsräte und deren Neuwahl sowie über tarifrechtliche Fragen Ausführungen machte. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt — Die Ortsgruppe sieht in guter Entwicklung und hat es verstanden, sich bei der Verwaltung Einfluß zu verschaffen.

Augsburg (Reichsorbiter). In unserer letzten Versammlung erstattete Bezirksleiter Weiler Bericht über die erstattete Zulassungsgasse für die Arbeiter des Reiches und der Länder. Der Vortrag wurde mit Beifriedigung entgegengenommen, zumal die Capungen zunächst eine Grundlage bildet, auf der weiter aufgebaut und Verbesserungen erzielt werden können.

Zeitens der Kollegenschaft des Betriebsamtes vom 19. Auf-Regt. 2. Par., sowie der Kollegen des Beeresverpflegungsamtes wurde mit Befriedigung zum Ausdruck gebracht, daß die Dienststellen vorzeit den Tarifvertrag einhalten und die Arbeiterchaft sich einer wohlwollenden Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten zu erfreuen habe. Dies konnte seitens der Kollegenschaft des Beeresunterkunftsamtes nicht gesagt werden. Es kamen im Gegenteil bittere Klagen zum Ausdruck, wonach festgesetzt werden würde, daß die Arbeiter, die gerechte Männer sind, in den Krieg mitmachen, ohne Behandlung seitens des Herrn Obersekretär Wehler zu erfahren haben, die jeder Beschreibung trotzen. Herr Wehler hat sich selbst wenig Kenntnis bei in der Anordnung von Arbeiten, mit denen die Arbeiter vertraut sind, glaubt Meistern vor sich zu sehen, wie sie in der Portierzeit auf dem Kasernenhof behandelt wurden. Er erlaubt sich ganz lächerliche Einträge in das Arbeitsbuch zu machen, die weiter nichts bedeuten, als eine Verhöhnung und Beschämung der Arbeiter.

Wie der Einhaltung der Arbeitszeit hält es dieser Herr für die Arbeiter nicht genau, dieselben müssen vielmehr viele Überstunden machen, von denen man spricht, daß sie nachträglich eingewandt werden können, was aber nicht der Fall ist. Auch fällt es diesem Herrn nicht ein, die Überstunden etwa 100 im vergangenen Jahre den Arbeitern zu bezahlen. Die Lohnzahlung erfolgt nicht an den Freitagen während der Arbeitszeit, sondern 10-20 Minuten vorher. Dabei hat sich die Arbeiterchaft im Büro einzufinden und es wird ihnen des öfteren ein Vortrag gehalten, der oft 1/2 Stunde dauert.

Bei Krankheitsfällen wird den Arbeitern gleich mit Entlassung gedroht. Zahlbüten bzw. Lohnzettel, wie sie den Arbeitern in den letzten Dienststellen ausgehändigt werden, kommen beim Beeresunterkunftsamte nicht in Anwendung. In den im Tarifvertrag vorgesehenen Urlaub zu erhalten, sind die Arbeiter auf die Güte der Verwaltung angewiesen und sie können in den meisten Fällen denselben nur stückweise erhalten. Zahl solche Zustände eine Verletzung unter der Arbeiterchaft auslösen müssen, ist begreiflich.

Der Wille der vorgelegten Stellen im Beereskommando VII, sowie im Reichswehrministerium in Berlin ist es nicht, daß die untergeordneten Stellen ihre Arbeit, derartig behandeln.

Solte in diesem Betriebe in der nächsten Zeit nicht eine andere Verhandlung der Arbeiter Weg greifen, wird seitens der Organisation bei den höheren Verwaltungsstellen durchgegriffen werden. Wenn Herr Obersekretär Wehler nicht erkennen will, daß die Arbeiter nach dem Tarifvertrag zu behandeln sind, dann mag er sich bald um eine andere Stelle umsehen.

Ohligs. Unsere diesjährige Generalversammlung war gut besucht. Nachdem der Kassen- und Jahresbericht verlesen war, ergriff Bezirksleiter Kollege Weder (Hannover) das Wort. Er dankte dem Vorstande und den Verratsmitgliedern für ihr rühriges Arbeiten im vergangenen Jahre und hat die Kollegen, auch in diesem Jahre alles daran zu legen, damit die Ortsgruppe weiter blühen und wachsen möge. Die Kassenverhältnisse seien äußerst erfreulich, ebenso die Mitgliederbewegung, nur der Besuch der Versammlungen lasse noch zu wünschen übrig. Die nun folgende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege Ferdinand Wichmann 1. Vorsitzender, Kollege Heinz Glühorn, Kassierer, Kollege Franz Tröbinger Schriftführer. Hierauf hielt Kollege Weder einen lehrreichen Vortrag über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Hierüber erläuterte klar und verständlich die einzelnen Vorgruppen des Gesetzes, und so sind wir nun wenigstens einigermassen über das neue Gesetz orientiert.

Augsburg. Trotz aller Kritik, die Unorganisierte und Genossen an der Tätigkeit unserer Ortsgruppe üben, geht es vorwärts. Die Zahl der Mitglieder wächst, die Einnahmen steigen und fetter wie je stehen die

Mitglieder zu Ihren Führern. Unsere diesjährige Generalversammlung ist dafür der beste Beweis. Wie aus dem Tätigkeitsbericht hervorgeht, sind zwar nicht alle berechtigten Wünsche der Kollegen erfüllt, aber wir sind weitergekommen, haben es im Rahmen des Möglichen geschafft, wofür dem Vorstande die Anerkennung nicht verlag' bleibt.

Die nächsten Schritte sind es nicht, an denen die Weipen nagen' möchten wir jenen Genossen zurufen, die immer Kritik an unserer Arbeit üben, ohne es aber selbst besser machen zu können. Ihnen sind wir auch keine Rechenschaft schuldig.

Die Wiederwahl des gesamten alten Vorstandes ist wohl der beste Beweis für das Vertrauen, welches den pflichttreuen Kollegen entgegengebracht wird. Wer näheres über die Einzelheiten der Tätigkeit der Ortsgruppe erfahren will, der besuche regelmäßig die Mitgliederversammlungen, wodurch er viel besser einen Einblick in die Aufgaben und Arbeiten des Verbandes erhält, wie er in einem Berichte im Verbandsorgan gegeben werden kann.

Mainz. Unsere diesjährige Generalversammlung am 12. Februar nahm einen guten Verlauf. Kollege König gab den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im verflohenen Jahre. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nimmere auf zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen.

Sautgau. Tätigkeits-, Kassenbericht und Vorstandswahl waren die drei Punkte der Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung. Gewählt wurde als erster Vorsitzender Kollege Fischer, als Kassierer Kollege Kunt und als Schriftführer Kollege Bus. Anschließend erfolgte Besprechung und Beschlußfassung über die Versammlungstermine und die sonstigen Verwaltungsachen der Ortsgruppe.

Berlin. Am 11. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Im Hinblick auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen hielt Kollege Knoll einen Vortrag über die Aufgaben der Betriebsräte. Alsdann folgte der Geschäfts- und Kassenbericht. Im Hinblick hieran wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Es sind gewählt worden: als 1. Vorsitzender Franz Schlegel, als Schriftführer Karl Wienard, als Kassierer Wilhelm Knoll.

Mosheim. Ein großer Teil der hiesigen Gemeindeglieder ist nicht organisiert. Sie lassen sich von anderen die Kassen aus dem Feuer holen', heißt es in dem Jahresberichte unserer Ortsgruppe, der in der Generalversammlung am 26. Februar erörtert wurde.

Es wird Anstreb der Kollegen sein, durch Aufklärung und Werbearbeit, die sie in unseren Verband zu gewinnen. Versammlungen wurden 4 abgehalten, sowie eine Reihe von Eingaben an den Stadtrat erledigt — Die Jahreseinnahmen für die Hauptkasse betragen 810,80 M., die Ausgaben 225,28 M., sodas an die Hauptkasse 585,52 M. eingehandt werden konnten. Für die Kasse waren 208,19 M. an Einnahmen und 109,95 an Ausgaben und am Schluß des Jahres ein Kassenbestand von 48,24 M. zu verzeichnen. — Der Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: 1. Vorsitzender: Leberfinger, Kassierer: Klingner, Schriftführer: Wintler. Zum Schluß hielt Kollege Sauermann — München, ein Referat, in welchem er die tariflichen und organisatorischen Arbeiten des Verbandes im abgelaufenen Jahre einer Würdigung unterzog und auch der Aufgaben, die uns das neue Jahr bringen wird, gedachte. Die außerordentliche Versammlung ergab mit dem Wunsche auf ein gutes Zusammenarbeiten und einer regen Werbetätigkeit auseinander.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Vorstandsmitglieder der Krankenkassen.

In zahlreichen Orts- oder Betriebskrankenkassen sind Mitglieder unseres Verbandes als Vorstandsmitglieder gewählt und tätig. Um eine genaue Uebersicht über die Zahl der in Betracht kommenden Krankenkassen und der Vorstandsmitglieder zu erhalten, bitten wir die betreffenden Kollegen um Mitteilung ihrer Adresse. Es genügt auch, wenn uns die Ortsgruppenvorstände die Adressen der ihnen bekannten Krankenkassen-Vorstandsmitglieder angeben. Es muß angegeben werden: Vor- und Zunahme, Alter, Beruf und Wohnung des Betreffenden sowie genaue Bezeichnung der Krankenkasse, in der er als Vorstandsmitglied tätig ist. Die Meldungen sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle Köln, Jülicher Straße 27.

Der Zentralvorstand.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:

Paul Thies	Köln	22. 2. 28
Umand Stehr	Breslau	23. 2. 28

Ehre ihrem Andenken!